

Linke: "Wer soll das bezahlen?"

Siegfried Faust lehnt das Jugendgästehaus ab. Bürgerhaushalt erwünscht.

Jülich. Siegfried Faust ist Stadtverordneter der Linken im Jülicher Rat. Er lehnt das Projekt Jugendgästehaus ab und erläutert in einer Stellungnahme seine Gründe:

"Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld...'- das ist der Titel eines ‚Schunkelliedes‘, das sich vorwiegend in der fünften Jahreszeit großer Beliebtheit erfreut. Die Stadt Jülich gibt diesem Lied derzeit einen völlig neuen Sinn", so Faust, denn immer neue "Großprojekte" würden von wechselnden Ratsmehrheiten durchgewunken. Jüngstes Beispiel sei das Jugendgästehaus. "Eine satte Mehrheit von CDU, FDP und JÜL treibt dieses Abenteuer ohne Rücksicht auf ökonomische und ökologische Bedenken voran. Sieht man davon ab, dass - bedingt durch einen in den zurückliegenden Jahren erzielten Investitionsstau - für die

Parkverwaltung eine unstrittige Investition von etwa 1,5 Millionen Euro erforderlich ist, verbleibt beim Jugendgästehaus immer noch eine Finanzierungslücke von etwa 2,4 Millionen Euro." Da gutbetuchte Sponsoren für das Jugendgästehaus bisher ausgeblieben seien, sollen jetzt ersatzweise die jülicher Stadtwerke herangezogen werden. Faust erinnert daran, dass auch beabsichtigt ist, die Stadtwerke für das Schwimmbad in die Pflicht zu nehmen. Die Stadtwerke hätten zwar nach Strukturmaßnahmen zu wirtschaftlicher Normalität zurückgefunden, könnten aber nicht jedes städtische Projekt mitfinanzieren, ohne "irgendwann die Mehrkosten auf die Bürgerinnen und Bürger umlegen zu müssen".

Vorrangig sei eine verfehlte Sozial- und Steuerpolitik der Bundes-

regierungen" für den Löwenanteil der finanziellen Problemen der Kommunen verantwortlich. Trotzdem "sollten alle RatsvertreterInnen bei Entscheidungen mit großer finanzieller Tragweite ein Maximum an Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern an den Tag legen". Faust: "Statt immer neue millionenschwere Projekte durchzuwinken, sollte im Rahmen eines vernünftigen Stadtentwicklungskonzeptes, an deren Konzipierung auch die Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe beteiligt werden müssen, endlich ein Masterplan für Jülich erarbeitet werden."

Um künftig mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bei finanziellen Entscheidungen in Jülich zu erreichen, plädiert Die Linke für einen Bürgerhaushalt, "wie ihn zum Beispiel Köln besitzt".